

Regierungswechsel und politische Unterstützung. Implikationen des Parteienwettbewerbs für die Struktur politischer Unterstützung in der Demokratie

Oscar W. Gabriel

Eastons Konzept der politischen Unterstützung gehört zu den bedeutsamsten Beiträgen zur modernen Demokratietheorie. Seiner Konzeption zufolge benötigt jedes demokratisch verfaßte politische Regime eine breite und stabile Unterstützung durch die Bevölkerung. Dagegen kann die Unterstützung der amtierenden Regierung erheblich fluktuieren, ohne daß dies die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems gefährdete. In der politikwissenschaftlichen Diskussion ist es umstritten, ob sich Eastons intuitiv plausible Unterscheidung zwischen der Regierungs- und der Systemunterstützung im Einstellungssystem der Bevölkerung empirisch nachweisen läßt. Dieser Beitrag versucht, Eastons Konzept empirisch zu validieren, indem er es auf die Dynamik des Parteienwettbewerbs in Demokratien bezieht. Die dabei zu testende Annahme läßt sich folgendermaßen formulieren: Wenn Eastons Beschreibung der Eigenschaften der System- und der Regierungsunterstützung zutrifft, dann wirkt sich ein Wechsel der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung zwar auf die Einstellungen der Anhänger konkurrierender Parteien zur amtierenden Regierung aus, er läßt jedoch deren Einstellungen zum politischen System unbeeinträchtigt. Diese Hypothese wird durch einen Vergleich der Einstellungen der bundesdeutschen Parteianhänger vor und nach dem Regierungswechsel 1982 geprüft. Die Ergebnisse dieses Tests bestätigen Eastons Annahmen, indem sie eindeutig zeigen, daß sich im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel die Regierungsunterstützung in den parteipolitischen Lagern nachhaltig veränderte, während in der Systemunterstützung allenfalls ein gradueller Wandel eintrat.

1. Das Untersuchungsproblem: Systemvertrauen und Regierungvertrauen in der Wettbewerbsdemokratie¹

In einer im Jahr 1974 veröffentlichten Untersuchung über den Wandel politischer Einstellungen in den USA stellte Arthur H. Miller eine bereits lange vor der Watergate-Krise einsetzende Entfremdung der Bürger von der Politik fest. Dieser Prozeß betraf nach seiner Ansicht nicht allein die Einstellungen zu einzelnen Entscheidungsinhalten oder zur Amtsführung der Regierung, sondern er hatte darüber hinaus die Legitimitätsgrundlagen der amerikanischen Politik beeinträchtigt (vgl. Miller 1974a: 951; 1974b: 989; vgl. auch Abramson 1983: 193–238; Lipset/Schneider 1983). Auch in anderen westlichen Demokratien, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, gab es eine intensive Diskussion über eine Krise in den Vertrauensbeziehungen der Bürger zur politischen Führung und den politischen Institutionen (vgl. die Übersicht bei Gabriel 1986: 232–319).

Als Grundlage für die Analyse der demokratietheoretischen Relevanz der Veränderungen im Verhältnis der Bürger zur Politik eignet sich David Eastons (1965: 153–243, 1975) Konzept der politischen Unterstützung. Nach Easton benötigt jedes politische System, das seine Aufgaben angemessen erfüllen will, ein Mindestmaß an Unterstützung durch seine Mitglieder. Dabei unterscheidet er zwischen zwei Unterstützungsformen, die er als diffus und spezifisch bezeichnet und folgendermaßen charakterisiert: „Within the context of systems analysis it has been important to discriminate between two kinds of support: *specific* and *diffuse*. The distinction is related to a universal and well-known phenomenon. Typically, members of a political system may find themselves opposed to *political authorities*, disquieted by their *policies*, dissatisfied with their conditions of life, and where they have the opportunity, prepared to throw the incumbents out of office. At times, such conditions may lead to fundamental political or social change. Yet at other times, in spite of widespread discontent, there appears to be little loss in confidence in the *regime* – the underlying order of political life – or of identification with the *political community*. Political discontent is not always, or even usually, the signal for basic political change. [...] Transparently, not all expressions of unfavorable orientations have the same degree of gravity to a political system. Some may be consistent with its maintenance, others may lead to fundamental change.“ (Easton 1975: 436–437, Hervorh. OWG.)

Eastons Abgrenzung zwischen der diffusen und der spezifischen Unterstützung ist theoretisch nicht völlig klar und bedarf insofern einer Präzisierung. Für unseren Zweck reicht es aber aus, zwei der von ihm benutzten Abgrenzungsmerkmale genauer zu beachten, den *Objektbezug* und die *Stabilität* der betreffenden Einstellungen. Auf der Objektdimension unterscheidet er zwischen der Beziehung zur Regierung (spezifisch) und der zum politischen Regime sowie zur politischen Gemeinschaft (diffus). Während er die spezifische Unterstützung eng an das Handeln der amtierenden politischen Führung knüpft, bezieht er die diffuse Unterstützung auf die grundlegenden institutionellen und normativen Probleme des politischen Zusammenlebens. Er betrachtet sie als stabile Orientierung, die die Bürger dauerhaft an das politische System bindet. Diese Trennung ermöglicht den Systemmitgliedern eine oppositionelle Haltung zur amtierenden Regierung oder ihren tagespolitischen Entscheidungen, die aber ihre Loyalität zu den politischen Institutionen und Spielregeln unberührt läßt (vgl. Easton 1975: 447; Muller/Jukam 1977; Fuchs 1981, 1987). Im Idealfalle besitzen die systembezogenen Orientierungen die Qualität einer Regen- und Sonnenschein-Zuneigung, die das politische System gerade bei unzulänglichen Leistungen der amtierenden Führung oder einer Effizienzkrise des Systems stabilisiert (vgl. ausführlicher Almond/Verba 1965: 192, 196–197; Lipset 1981: 64–82).

Die *Systemloyalität* gilt nach Easton denjenigen Objekten, die Ernst Fraenkel (1973: 151) dem *nichtkontroversen* Sektor der Politik zurechnet, den politischen Werten, Normen und Verfahrensregeln (politisches Regime) sowie der politischen Gemeinschaft. Sie benötigen in einer Demokratie eine breite Akzeptanz, weil das Einverständnis der Bevölkerung mit den Grundprinzipien politischer Herrschaft zum Selbstverständnis einer Demokratie gehört. Innerhalb eines allgemein akzeptierten Rahmens gewähren die Bürger der amtierenden *Regierung* politische Unterstützung oder ent-

ziehen ihr diese. Dabei definieren sie ihr Verhältnis zur politischen Führung und zu deren Handlungen auf der Grundlage divergierender Interessen oder Wertstandards. Fraenkel betrachtet die Einstellungen zur Regierungspolitik folgerichtig als Bestandteile des *kontroversen* Sektors der Politik, der unter anderem im Parteienwettbewerb und in der Pluralität politischer und sozialer Interessengruppen institutionalisiert ist. Wie die Bezeichnung „kontroverser Sektor“ verdeutlicht, ist ein Konsens der Bürger über diese Fragen nicht zu erwarten; denn zu einer funktionsfähigen Demokratie gehört der Streit über die richtige Politik sowie die Möglichkeit, zwischen konkurrierenden Führungsangeboten auszuwählen und dabei das politische Führungspersonal in regelmäßigen Abständen auszutauschen. Dies setzt Schwankungen in der Akzeptanz der Regierungspolitik, die in demokratischen Wahlen kanalisiert werden, geradezu voraus: Im Wahlerfolg zeigt sich, ob eine Regierungspartei oder ein Parteienbündnis noch über das für die Weiterführung ihrer Amtsgeschäfte notwendige Ausmaß an öffentlicher Unterstützung verfügt oder ob ihr Vertrauenskapital bereits verbraucht ist.

Für die empirische Demokratietheorie ist die Unterscheidung zwischen den Einstellungen der Bevölkerung zur politischen Führung und zum politischen Regime außerordentlich bedeutsam (vgl. auch Kaase 1985: 102–103, 107). Nur wenn ein hinreichend großer Teil der Systemmitglieder seine Beziehungen zum politischen Regime von denen zur amtierenden Regierung und der von ihr verfolgten Politik trennt, ist gewährleistet, daß nicht jede größere Führungs- oder Effizienzkrise in eine Systemkrise umschlägt und daß nicht jeder Regierungswechsel die Systemloyalität einzelner gesellschaftlicher Gruppen bedroht (vgl. Dahl 1971: 14–16; Lipset 1981: 1, 64–82).

2. Untersuchungsstrategie und Hypothesen

Die empirische Forschung konnte das Verhältnis zwischen der diffusen und der spezifischen politischen Unterstützung bislang nicht zufriedenstellend klären. Miller (1974a: 951–952, 971–972) scheint die empirische Relevanz von Eastons Unterscheidung zu bezweifeln. Er interpretiert den in den USA feststellbaren Rückgang des Regierungsvertrauens als Anzeichen für eine Entfremdung der Bevölkerung von den politischen Institutionen, die sich von der Zufriedenheit mit der amtierenden Administration systematisch nicht trennen lasse (vgl. auch Miller 1974b: 986; Kornberg u. a. 1978, 1980). Im Gegensatz dazu hält Citrin (1974: 974–978, 987) Eastons Konzept für theoretisch fruchtbar und empirisch relevant. Er unterscheidet auf dieser Grundlage zwischen vier Einstellungen, der Unzufriedenheit mit den aktuellen Policy-Positionen der Regierung und den Ergebnissen der Regierungspolitik, dem Mißtrauen gegenüber dem amtierenden politischen Führungspersonal und der Ablehnung des gesamten politischen Systems (vgl. auch Citrin 1977; Atkinson u. a. 1980; Fuchs 1981, 1987; Muller/Jukam 1977; Muller u. a. 1982).

Eine sinnvolle Strategie zur empirischen Validierung des Eastonschen Konzeptes ergibt sich, wenn man das Problem des Erwerbs politischer Unterstützung im Kontext

der Strukturen des Parteienwettbewerbs diskutiert. Die politischen Parteien stellen in westlichen Demokratien mehr oder weniger feste Allianzen politischer Führungsgruppen mit bestimmten Bevölkerungssegmenten dar. Da einige der konkurrierenden Parteien die Regierung tragen und andere gegen sie opponieren, fördert die Identifikation mit den regierenden Parteien sehr wahrscheinlich das Regierungsvertrauen, während eine Bindung an die oppositionellen Parteien es vermutlich schwächt. Nach dieser Annahme variiert die Vertrauensbeziehung zwischen den Parteianhängern und der politischen Führung mit der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung. Im Gegensatz dazu werden die Einstellungen der Bevölkerung zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft im Idealfalle weder vom Regierungsooutput noch von der parteipolitischen Konstellation nachhaltig beeinflusst, sondern sie sind dem tagespolitischen Konflikt weitgehend entzogen. Die Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen läßt die Auseinandersetzung über die Regierungspolitik in geregelten Bahnen verlaufen und verhindert auf diese Weise das Umschlagen tagespolitischer Konflikte in einen Streit über grundlegende politische Werte und Verfahren (vgl. dazu auch Almond/Verba 1965: 85–116).

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980 bis 1982 eröffnet der empirischen Forschung die Möglichkeit, die hier skizzierten Annahmen über die Struktur politischer Unterstützung in Wettbewerbsdemokratien quasi-experimentell zu testen. Im genannten Zeitraum veränderten sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig (vgl. genauere Angaben hierzu bei Berger u. a. 1986: 255–260; Gabriel 1989: 208–218). Bei der Analyse der Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Struktur politischer Unterstützung steht die Frage im Vordergrund, ob im untersuchten Zeitraum ein Zerfall des Regierungsvertrauens oder auch des Systemvertrauens eintrat und ob sich mit dem Sturz der sozialliberalen Koalition im Oktober 1982 neben dem Regierungsvertrauen der politischen Konfliktgruppen auch deren Systemloyalität veränderte.

Aus Eastons Beschreibung der Eigenschaften der diffusen und der spezifischen Unterstützung lassen sich vier Hypothesen ableiten, auf deren Grundlage über die empirische Relevanz seiner theoretisch plausiblen Überlegungen entschieden werden kann. Eine geeignete Strategie zum Test dieser Hypothesen stellt die multiple Varianzanalyse dar (vgl. zur Beschreibung des Verfahrens Iversen/Norpoth 1987: bes. 38–90; Kim/Kohout 1975: 405–433; Schuchard-Ficher u. a. 1982: bes. 28–45). Als empirisch bewährt kann man das Unterstützungskonzept unter den folgenden vier Bedingungen ansehen:

- 1) Der *Erhebungszeitpunkt* wirkt sich auf die Regierungsunterstützung stärker aus als auf die Systemunterstützung.
- 2) Die *Parteipräferenz* hängt enger mit den Einstellungen zur amtierenden Regierung zusammen als mit denen zum politischen System.
- 3) Ein *Wandel der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung* beeinflusst die Einstellungen der Parteianhänger zur amtierenden politischen Führung stark, ihre Regimeorientierungen aber nur schwach².
- 4) Aus diesen Annahmen ergibt sich, daß die drei genannten Variablen im Rahmen der multiplen Varianzanalyse einen relativ großen Teil der Varianz der Regierungsunterstützung, jedoch nur einen kleinen Varianzanteil der Systemunterstützung binden.

Mittlerweile liegen zahlreiche Vorschläge zur empirischen Messung politischer Unterstützung vor (vgl. z. B. Fuchs 1981, 1987; Klages/Herbert 1983; Muller/Jukam 1977; Muller u. a. 1982; Sniderman 1981; sowie die Übersicht bei Schüttemeyer 1986: 61–105). Die für diese Untersuchung benutzten Umfragen enthalten mehrere brauchbare Unterstützungsindikatoren, nämlich die Demokratiezufriedenheit (DEMZUF) und das Systemvertrauen (SYSVER) sowie die Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen (REGZUF) und das Regierungsvertrauen (REGLEIST)³. Zumindest unter Plausibilitäts Gesichtspunkten sind damit die meisten von Easton (1965, 1975) bzw. Citrin (1974) angesprochenen Dimensionen des Unterstützungskonzeptes abgedeckt, und eine empirische Validierung dieses Konstrukts wird möglich.

3. Die System- und Regierungsunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980 bis 1982

Ein Vertrauensverlust des politischen Systems und der Regierung in der Öffentlichkeit ist vor allem dann zu erwarten, wenn die Bevölkerung die politische Entwicklung negativ bewertet und dies der Regierung bzw. dem politischen System anlastet. Im Zeitraum zwischen 1980 und 1982 waren diese Voraussetzungen erfüllt. Alle Umfrageergebnisse, aber auch die Resultate der Landtagswahlen, signalisierten einen geradezu dramatischen Verfall des Ansehens der sozialliberalen Koalition. Nach Berger u. a. (1986: 257–258) ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen in ihrer Augustumfrage 1982 „die schlechteste Beurteilung, die jemals für eine Bundesregierung gemessen wurde, und in der Frage nach der Wahlabsicht erreichte die CDU/CSU weit über 50 Prozent“.

In einer parteienstaatlichen Demokratie wie der Bundesrepublik bleiben derartige Veränderungen der Parteisympathie nicht folgenlos für die Einstellungen der Bevölkerung zur Regierung: So hatten im September 1980 noch zwei Drittel der Bundesbürger erklärt, mit den *Leistungen* der SPD/FDP-Regierung zufrieden zu sein. Im August 1982, zwei Monate vor dem Sturz von Bundeskanzler Schmidt, war dieser Anteil auf 44 Prozent geschrumpft. Mit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 trat zwar eine gewisse Restabilisierung der Regierungszufriedenheit ein (vgl. die Angaben bei Gabriel 1986: 244–252, bes. Tabelle 4.9), jedoch lag sie im November 1982, einen Monat nach der Amtsübernahme der christlich-liberalen Regierung, immer noch deutlich unter dem im September 1980 ermittelten Wert. Dabei sank nicht allein das *Niveau* der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen, die Einschätzung der Regierungsarbeit war 1982 auch wesentlich umstrittener als zwei Jahre zuvor. In der multiplen Varianzanalyse, die sich auf die Erhebungen vom September 1980 und November 1982 bezieht (vgl. *Tabelle 1*; Mittelwerte und Standardabweichungen sind in *Tabelle 2* enthalten), erweist sich das Erhebungsjahr als wichtiger Bestimmungsfaktor der Regierungszufriedenheit. Es bindet einen Anteil von knapp sechs Prozent der Varianz dieser Einstellung.

Offenkundig beschränkte sich die Erosion der Zufriedenheit mit der politischen Führung jedoch nicht auf den Leistungsbereich. Die zunehmend negativen Einstellungen

Tabelle 1: Bivariate Analyse der politischen Unterstützung in der BRD, 1980 und 1982

a) der Einfluß des Erhebungszeitpunktes

		SYSVER	DEMZUF	REGVER	REGLEIST
1980	MW	6.42	3.00	6.24	7.79
	ZMW*	.01	.10	.10	.26
	SD	1.22	.57	1.23	2.66
gültige N		1925	1506	1903	1507
1982	MW	6.39	2.88	5.94	6.36
	ZMW*	– .01	– .09	– .12	– .25
	SD	1.26	.66	1.55	2.78
gültige N		1523	1618	1473	1600
insges.	MW	6.41	2.94	6.11	7.06
	ZMW*	.00	.00	.00	.00
	SD	1.24	.62	1.38	2.72
gültige N		3488	3124	3376	3107
F		.53**	29.57	40.55	214.32
Eta		.01	.10	.11	.25

b) der Einfluß der Parteipräferenz

		SYSVER	DEMZUF	REGVER	REGLEIST
CDU/CSU	MW	6.63	2.99	6.36	7.19
	ZMW*	.18	.08	.18	.05
SPD	MW	6.44	3.03	6.07	7.24
	ZMW*	.02	.14	– .03	.06
FDP	MW	6.72	3.13	6.42	8.38
	ZMW*	.25	.31	.23	.47
GRÜNE/ANDERE***	MW	5.15	2.05	4.42	4.31
	ZMW*	– .97	– 1.43	– 1.21	– .97
KEINE	MW	6.21	2.87	5.97	6.66
	ZMW*	– .16	– .11	– .10	– .14
gültige N		3137	2860	3070	2856
F		29.67	47.14	31.94	25.31
Eta		.21	.28	.22	.21

* Mittelwert der Z-Scores der gepoolten Dateien für jedes Jahr bzw. jede Gruppe von Parteianhängern.

** Die Beziehung ist auf dem 95 %-Niveau statistisch insignifikant, im übrigen sind alle Beziehungen statistisch signifikant ($p = .00$; $df = 1$ für Erhebungszeitpunkt/politische Unterstützung; $df = 4$ für Parteipräferenz/politische Unterstützung).

*** Die Anhänger der „Sonstigen Parteien“ (DKP, NPD) bleiben wegen der kleinen Fallzahl unberücksichtigt ($n = 7$) bzw. sind in der Wahlstudie 1980 mit denen der GRÜNEN zu einer Gruppe zusammengefaßt. In der Wahlstudie 1980 waren die Anhänger der GRÜNEN noch nicht gesondert ausgewiesen.

Tabelle 2: Varianzanalyse der System- und Regierungsunterstützung in der Bundesrepublik, 1980 und 1982

a) *Regierungsvertrauen (REGVER)*

	SSQ	df	F	Eta ²	R ²
Parteipräferenz	268.83	4	43.41	.046	
Jahr	63.09	1	40.75	.011	.058
IA Partei* Jahr	791.75	4	127.84	.135	.192
Residuum	4727.07	3053		.808	
Total	5850.74	3062			

b) *Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen (REGLEIST)*

	SSQ	df	F	Eta ²	R ²
Parteipräferenz	943.82	4	47.37	.041	
Jahr	1347.36	1	270.49	.058	.099
IA Partei* Jahr	6702.54	4	336.39	.289	.388
Residuum	14176.43	2846		.618	
Total	23170.15	2855			

c) *Systemvertrauen (SYSVER)*

	SSQ	df	F	Eta ²	R ²
Parteipräferenz	187.95	4	34.12	.041	
Jahr	0.24	1	.17 ns	.000	.041
IA Partei* Jahr	152.11	4	27.65	.033	.074
Residuum	4291.81	3120		.927	
Total	4631.87	3129			

d) *Demokratiezufriedenheit (DEMZUF)*

	SSQ	df	F	Eta ²	R ²
Parteipräferenz	81.67	4	60.70	.076	
Jahr	6.71	1	19.95	.006	.082
IA Partei* Jahr	24.47	4	18.19	.023	.105
Residuum	958.61	2850		.895	
Total	1071.46	2859			

Alle F-Werte sind, sofern nichts anderes angegeben ist, zumindest auf dem 95 %-Niveau statistisch signifikant

griffen auch auf die Bewertung des *Amtsstiles* der Regierung über und erfaßten damit die Dimension, die Citrin (1974: 973–975) als generalisiertes politisches *Vertrauen* von der Bewertung konkreter Regierungsleistungen trennt (vgl. auch Easton 1975: 447–450; Gamson 1971; Muller/Jukam 1977: 1570). Das Regierungsvertrauen lag im November 1982 deutlich niedriger als im Frühjahr 1980. Wie bei der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen zeigt sich zudem ein wachsender öffentlicher Dissens über die Vertrauenswürdigkeit der Bundesregierung. Obgleich die Vertrauenskrise nach dem Regierungswechsel ihren Höhepunkt vermutlich überschritten hatte, wurde auch nach dem Austausch der politischen Führung weder das hohe Vertrauensniveau des Jahres 1980 noch der relativ breite Konsens über die Gerechtigkeit und die Fairneß der Regierung sowie ihr Engagement für die Freiheit der Bürger wieder erreicht. Wie der schwache Zusammenhang zwischen dem Erhebungszeitpunkt und dem Regierungsvertrauen zeigt, blieb diese Einstellung im Zeitablauf aber erheblich stabiler als die Leistungsbewertung (Varianzreduktion 1.1 Prozent; vgl. *Tabelle 1* und *2*).

Noch weniger wirkten sich die zwischen 1980 und 1982 eingetretenen Veränderungen auf das *Systemvertrauen* aus. Auf der Aggregatebene blieb die Verteilung dieser Orientierung praktisch unverändert. Vier von fünf befragten Bundesbürgern bekundeten 1980 wie 1982 Vertrauen zum politischen Regime. Die geringfügige zeitabhängige Veränderung der Randverteilung ist statistisch insignifikant (vgl. *Tabellen 1* und *2*). Im Vergleich mit den Einstellungen zur amtierenden Führung kommt dem Systemvertrauen eher die Qualität einer Regen- und Sonnenschein-Unterstützung zu.

Mit Abstrichen zeigt sich diese Konstellation auch bei der Demokratiezufriedenheit. Die für die Jahre 1980 und 1982 ermittelten Unterschiede in den statistischen Kennwerten sind zwar signifikant, mit einer Varianzreduktion von lediglich 0.6 Prozent aber substantiell unerheblich (vgl. *Tabellen 1* und *2*). Allerdings muß man diese Aussage relativieren, wenn man die Demokratiezufriedenheit der Bundesbürger über den gesamten Zeitraum zwischen dem September 1980 und dem November 1982 verfolgt (vgl. hierzu Fuchs 1987: 364–369). Am Beginn dieser Periode erklärten 85 Prozent der Befragten ihre Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik. Bis zum Februar 1982 sank dieser Anteil auf 54 Prozent. Er stieg dann zunächst langsam, nach dem Regierungswechsel aber sprunghaft und erreichte im November fast wieder das Niveau des Jahres 1980 (78 Prozent). Die Demokratiezufriedenheit entwickelte sich im Zeitraum 1980 bis 1982 ähnlich wie die Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen, wenn auch in abgeschwächter Form. Die Interpretation dieses Sachverhalts gestaltet sich allerdings relativ schwierig, weil das in der Erhebungsfrage enthaltene Stimulus-Objekt „Parteien“ eine gültige Messung von *Systemorientierungen* verhindert haben könnte (vgl. entsprechende Hinweise bei Fuchs 1987: 363). Andererseits lassen weitere Erhebungen mit besseren Instrumenten zur Messung der Demokratiezufriedenheit ein ähnliches Verlaufsmuster erkennen (vgl. die Angaben bei Schüttemeyer 1986: 84–100, bes. Tab. III.7 bis III.9). Insofern kann man keineswegs ausschließen, daß die Systemunterstützung in der Bundesrepublik nicht so situations- und leistungsunabhängig ist, wie es in einer stabilen, von der Zustimmung der Bevölkerung getragenen Demokratie wünschenswert wäre (so z. B. die These von Kevenhörster 1978: 85, 91; Schmidtchen 1977: 236).

Diese ersten Befunde erlauben noch keine eindeutige Feststellung über die empirische Gültigkeit von Eastons Annahme, in einer funktionsfähigen Demokratie beeinflusse die Tagespolitik die Beziehungen der Öffentlichkeit zur amtierenden politischen Führung stärker als ihr Verhältnis zum politischen System. Dennoch erweist sich das Systemvertrauen in Übereinstimmung mit seinen Annahmen als die stabilste, die Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen als die labilste Größe. Das Regierungsvertrauen und die Demokratiezufriedenheit nehmen eine Zwischenposition ein.

4. Parteienwettbewerb, System- und Regierungszufriedenheit

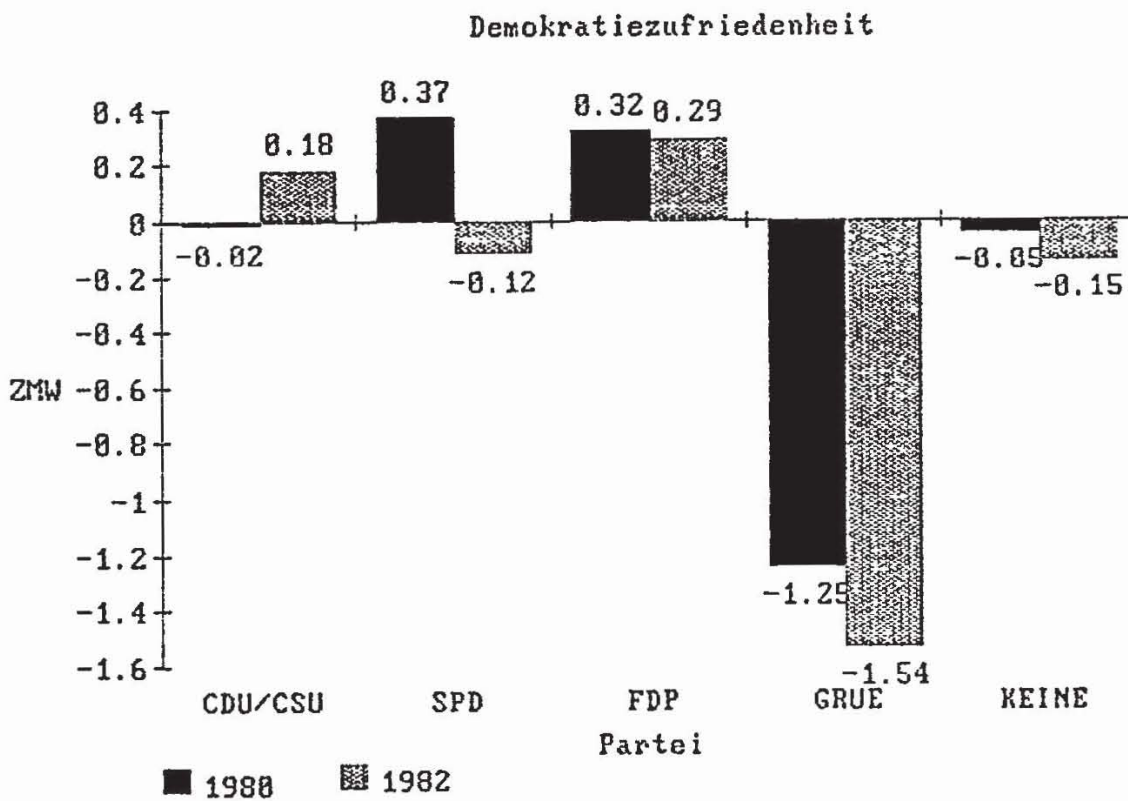
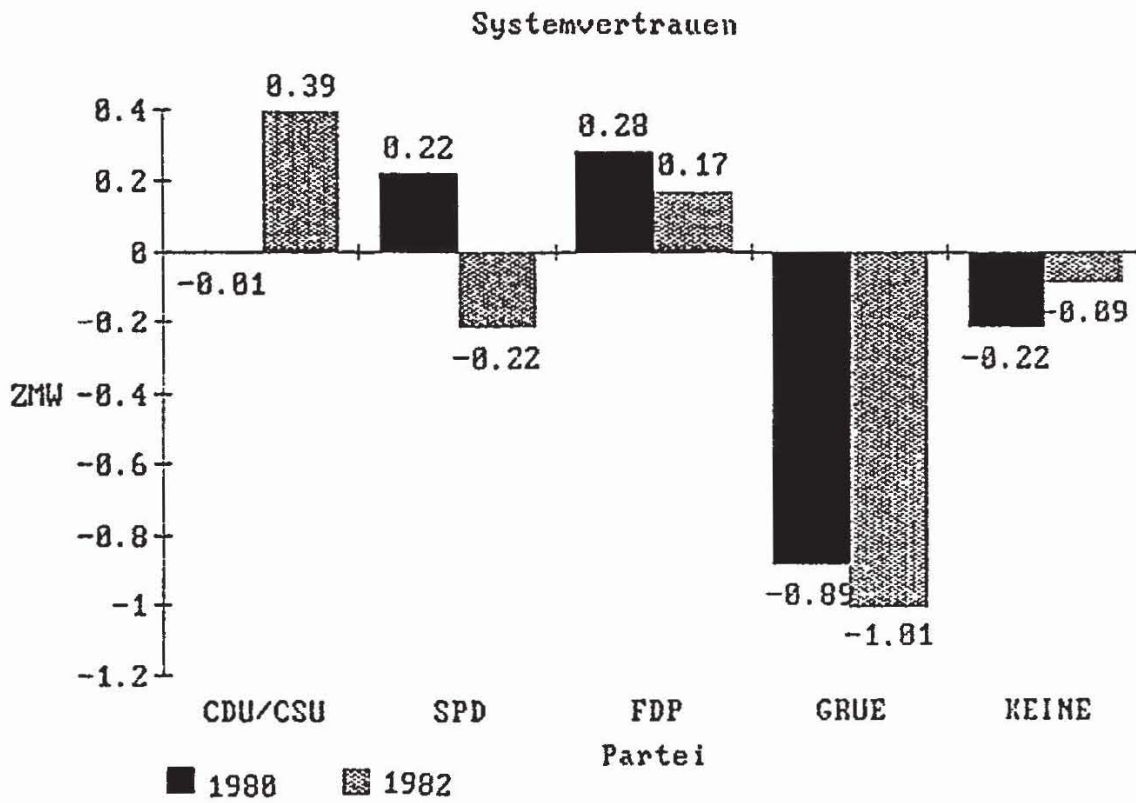
Für die Funktionsfähigkeit einer parteienstaatlichen Demokratie ist es von großer Bedeutung, daß die Bevölkerung ihre Systemorientierungen nicht allzu stark von der Regierungsbeteiligung der präferierten Partei abhängig macht. Zwar läßt schon die Korrelation zwischen der System- und der Regierungsunterstützung einen gewissen Einfluß der Parteipräferenz auf das Systemvertrauen und die Demokratiezufriedenheit erwarten, doch muß diese Beziehung schwächer ausfallen als der Zusammenhang zwischen der Parteiloyalität und der Regierungsunterstützung. Darüber hinaus sollte die Parteipräferenz die leistungsbezogenen Einstellungen stärker beeinflussen als die grundsätzlichen Überzeugungen von der Gerechtigkeit, der Fairneß und der freiheits-sichernden Funktion der Politik.

Nach den in *Tabelle 1* und *2* enthaltenen Angaben besteht ein statistisch signifikanter, substantiell interpretierbarer Zusammenhang zwischen der Parteiidentifikation und allen vier Unterstützungsindikatoren, der sich in einer Varianzreduktion zwischen 4.1 (Systemvertrauen) und 7.6 Prozent (Demokratiezufriedenheit) niederschlägt. Der relativ gleichartige Einfluß der Parteipräferenz auf die Einstellungen zur Regierung und zum politischen System scheint zunächst Eastons Annahmen zu widersprechen, läßt sich aber durchaus begründen. Bei den Anhängern der CDU/CSU und der SPD wird der Einfluß der Parteibindung auf die politische Unterstützung erst wirksam, wenn man die Regierungs- oder Oppositionsrolle dieser Parteien berücksichtigt. Der in *Tabelle 1* der Parteipräferenz zugerechnete Effekt gibt demgegenüber an, wie die politische Unterstützung der Anhänger dieser Parteien ungeachtet der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung ausfällt. Da die SPD 1980, die CDU/CSU 1982 die Regierung führte, sind keine gravierenden Einstellungsunterschiede zwischen diesen beiden politischen Gruppierungen zu erwarten. Dagegen reflektieren die Einstellungen der FDP- und der GRÜNEN-Anhänger deutlicher die systemische Funktion dieser beiden Parteien. Bei der Liberalen treten – entsprechend ihrer Position als ständiger Regierungspartei – überdurchschnittlich positive Einstellungen zum politischen System und zur Regierung auf. Im Gegensatz dazu stehen die GRÜNEN-Anhänger der Regierung und dem politischen System besonders kritisch gegenüber, wie es ihrer Rolle als außer- bzw. innerparlamentarische Opposition entspricht. Läßt man die zum Erhebungszeitpunkt bestehende parteipolitische Zusammensetzung der Regierung außer Betracht, dann ähnelt die Beziehung zwischen der Parteipräferenz und der Systemunterstützung der zwischen der Parteibindung und der Regierungsunterstützung.

Während der Erhebungszeitpunkt nur die Einstellungen der Bevölkerung zur amtierenden Regierung beeinflusste, war ihre Loyalität zu einer bestimmten politischen Partei sowohl für das Verhältnis zur Regierung als auch für die Systemorientierungen wichtig. In unserem Zusammenhang verdient nun die Wechselwirkung von Parteipräferenz und Erhebungszeitpunkt besonderes Interesse, da sie die Regierungs- bzw. Oppositionsrolle der von den Befragten präferierten Partei indiziert. Ein Einfluß dieser Größe ist vor allem deshalb zu erwarten, weil unmittelbar vor der Novemberumfrage des Jahres 1982 ein parteipolitisch höchst umstrittener Regierungswechsel stattgefunden hatte, dessen Legitimität von einem Teil der Bevölkerung bezweifelt wurde, wohingegen ein anderer Teil mit ihm die Hoffnung auf eine politische Wende verband (vgl. Berger u. a. 1986: 255–260). Gerade unter diesen Bedingungen dürfte sich zeigen, ob die Bevölkerung – besonders die Anhänger der abgewählten Regierungspartei – dem politischen System weiterhin Unterstützung gewähren oder ob sich mit dem zu erwartenden Wandel in den Einstellungen zur Regierung auch ein Umschwung in den Systemorientierungen verknüpft.

Die zuletzt geäußerte Vermutung erweist sich als unzutreffend. Der Interaktionseffekt von Parteipräferenz und Erhebungszeitpunkt bindet im multivariaten Analysemodell lediglich 3.3 Prozent Varianz des Systemvertrauens und 2.3 Prozent Varianz der Demokratiezufriedenheit. Der Regierungswechsel im Herbst 1982 bewirkte demnach in der Anhängerschaft der bundesdeutschen Parteien nur eine geringfügige Änderung der Systemorientierungen (vgl. die Angaben in *Abbildung 1*). Ein Blick auf das Antwortverhalten in den einzelnen parteipolitischen Lagern vor und nach dem Regierungswechsel belegt dies überzeugend: Einem leichten Anstieg des Systemvertrauens der CDU/CSU-Anhänger stand ein geringfügig stärkerer Rückgang bei denen der SPD gegenüber. Die Sympathisanten der beiden kleinen, in ihrer Systemfunktion nicht durch den Regierungswechsel tangierten Parteien reagierten noch schwächer auf den Wandel in der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung. Für die Demokratiezufriedenheit der Parteianhänger war die Regierungs-/Oppositionsvariable sogar noch unbedeutender. Zwar stehen die Anhänger der Regierungsparteien dem politischen System positiver gegenüber als die der Opposition (so auch Kaase 1985: 107), doch sind die Systemorientierungen der Bundesbürger kaum in den Parteienkonflikt involviert. Mit Ausnahme der GRÜNEN-Anhänger stimmen die Sympathisanten der bundesdeutschen Parteien und die parteipolitisch Ungebundenen in der Bewertung des politischen Systems weitgehend überein, die parteipolitischen Rahmenbedingungen beeinflussen die außerordentlich positive Einstellung zum politischen Regime nur unmaßgeblich. Dementsprechend trägt die Kenntnis des Erhebungszeitpunktes – und damit der Regierungsbeteiligung der präferierten Partei – nur wenig zur Erklärung der Systemakzeptanz in den einzelnen parteipolitischen Lagern bei (vgl. die Angaben in *Abbildung 1*). Wenn das Wechselspiel von Regierung und Opposition bei den Anhängern der beteiligten Parteien ernsthafte Loyalitätskonflikte hervorriefe, dann müßten sich aus den politischen Veränderungen im Herbst 1982 nachhaltigere Konsequenzen für die Systemakzeptanz ergeben haben als sie in dieser Untersuchung nachgewiesen wurden. Infolgedessen leistet unser Analysemodell nur wenig bei der Erklärung der Systemunterstützung. Die Varianzreduktion bei der Demokratiezufriedenheit beträgt

Abbildung 1: Der Einfluß des Erhebungszeitpunktes auf die Systemunterstützung unter den Parteianhängern der Bundesrepublik, 1980 und 1982



(Mittelwerte aus z-Werten berechnet.)

Beziehung Erhebungszeitpunkt/Systemunterstützung (Eta²):

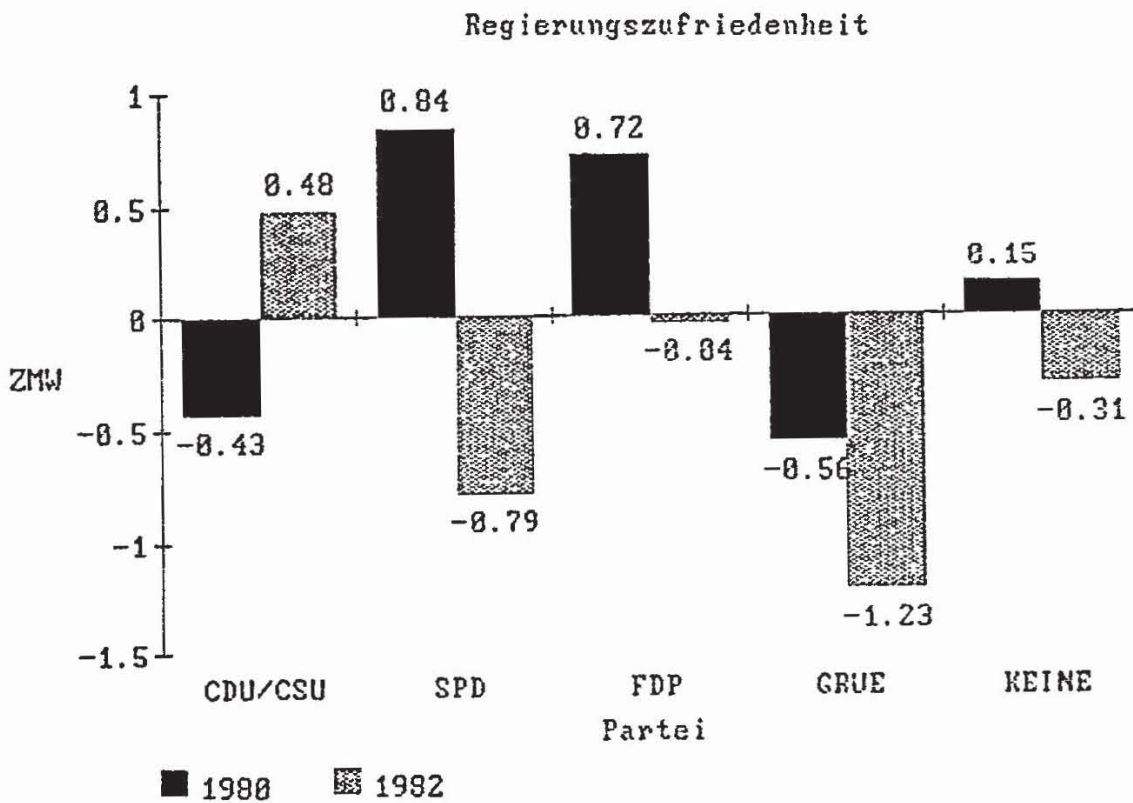
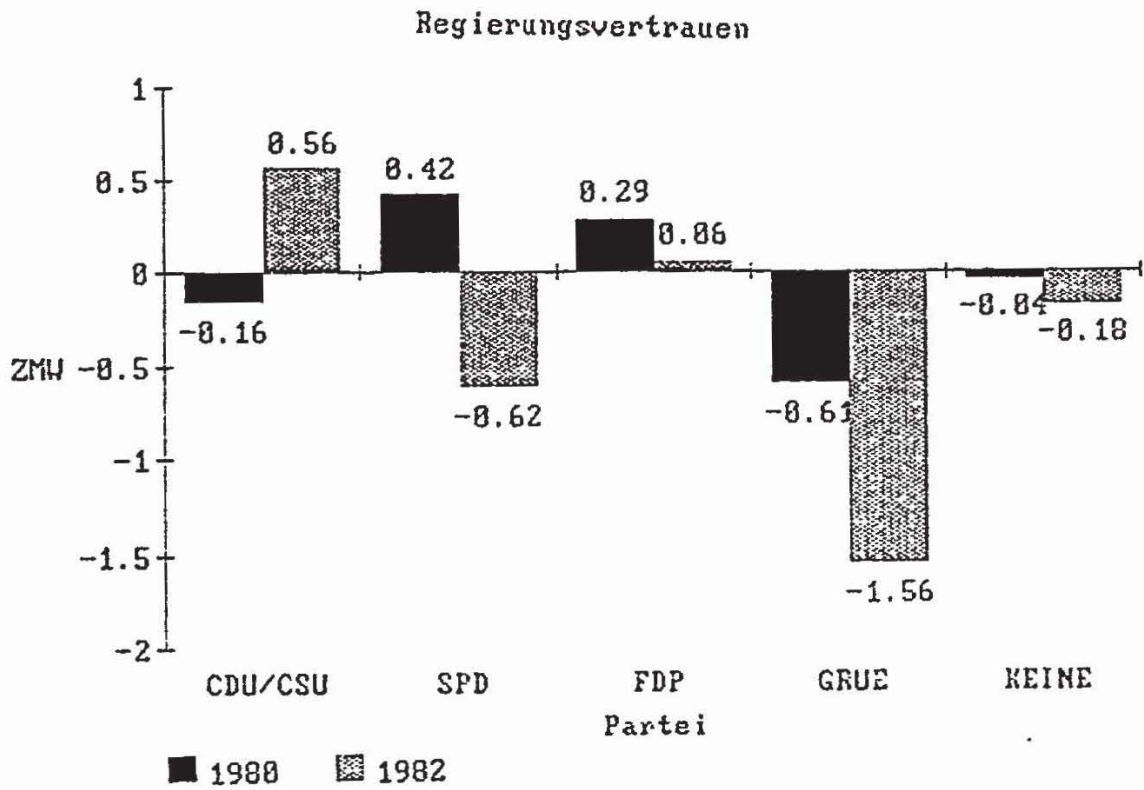
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜ/AND	KEINE
<i>SYSVER</i>	.04	.05	.00	.00	.00
N	1007	1179	119	66	759
<i>DEMZUF</i>	.01	.06	.00	.01	.00
N	951	1154	105	82	568

10.5, beim Systemvertrauen 7.4 Prozent. Sie geht nochmals zurück, wenn man die Anhänger der GRÜNEN, die dem politischen System besonders kritisch gegenüberstehen, unberücksichtigt läßt⁴.

Gänzlich anders stellt sich die Sachlage bei den Einstellungen zur amtierenden Regierung dar. Die auffälligste Abweichung von der Analyse der Systemunterstützung betrifft die Interaktionsvariable von Erhebungszeitpunkt und Parteipräferenz, die die Erklärungsleistung des Analysemodells erheblich verbessert. Während die additiven Einflüsse von Parteipräferenz und Erhebungszeitpunkt gemeinsam nur 5.8 Prozent der Varianz des Regierungsvertrauens und 9.9 Prozent der Varianz der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen binden, ergibt sich nach der Einführung des Interaktionseffektes eine Varianzreduktion von 19.2 (Regierungsvertrauen) bzw. 38.8 Prozent (Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen). Im Vergleich mit den bei der Analyse von Einstellungsdaten üblicherweise erzielten Werten sind dies sehr gute Ergebnisse.

Größere Beachtung als der triviale *Tatbestand*, daß sich mit dem Regierungswechsel die Einstellungen der Parteianhänger zur amtierenden Regierung änderten, verdient das *Ausmaß* des mit diesem Vorgang verbundenen Einstellungswandels. Wie *Abbildung 2* zeigt, war mit der Amtsübernahme durch die christlich-liberale Koalitionsregierung im Lager der Unionsparteien ein erheblicher Anstieg des Regierungsvertrauens verbunden. Bei der SPD und bei den GRÜNEN trat ein noch stärkerer Vertrauensschwund ein. Die Veränderung in der FDP-Anhängerschaft und bei den parteipolitisch ungebundenen Bürgern bewegten sich ungefähr in dem in der Gesamtbevölkerung festgestellten Ausmaß. Noch nachhaltiger wirkte sich der Regierungswechsel auf die Zufriedenheit der Parteianhänger mit den Leistungen der Bundesregierung aus. Zwar äußert die Mehrheit der Anhänger der Unionsparteien und der SPD Vertrauen in die Gerechtigkeit und Fairneß einer vom politischen Gegner gestellten Bundesregierung, jedoch ist diese Einstellung noch weiter verbreitet, wenn die bevorzugte Partei die Regierung stellt. Im Gegensatz dazu hängt eine mehrheitlich positive Bewertung der Regierungsleistungen unter den Parteianhängern von einer Regierungsbeteiligung der präferierten Parteien ab. Somit belegen unsere Daten eindeutig, daß sich die parteipolitischen Konflikte auf die Einstellung der Bevölkerung zur amtierenden Regierung konzentrieren, vor allem auf die tagespolitische, leistungsbezogene Komponente der Regierungsarbeit. In den einzelnen parteipolitischen Gruppierungen ergibt sich durch die Kenntnis des Erhebungszeitpunktes eine zum Teil beachtliche Reduktion der Varianz des Regierungsvertrauens (Minimum: 0.5 Prozent, Maximum: 25 Prozent) und der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen (6.8 bis 56.2 Prozent, genauere Angaben in *Abbildung 2*).

Abbildung 2: Der Einfluß des Erhebungszeitpunktes auf die Regierungsunterstützung unter den Parteianhängern der Bundesrepublik, 1980 und 1982



(Mittelwerte aus z-Werten berechnet).

Beziehung Erhebungszeitpunkt/Regierungsunterstützung (Eta²):

	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜ/AND	KEINE
REGVER	.14	.25	.02	.14	.01
N	993	1151	117	63	739
REGLEIST	.23	.56	.20	.10	.07
N	949	1155	105	82	565

Die bislang vorgelegten Ergebnisse stützen Eastons Unterscheidung zwischen system- und regierungsbezogenen Einstellungen. Dies läßt sich durch eine Faktorenanalyse erhärten, in die sämtliche Unterstützungsindikatoren einbezogen wurden (Tabelle 3).⁵ Auf dem ersten Faktor laden die drei Items, in denen das politische System als Stimulusobjekt auftritt. Die Zufriedenheit mit der Demokratie weist allerdings eine deutlich schwächere Faktorladung auf als die Einschätzung der Gerechtigkeit und Fairneß und der freiheitssichernden Funktion des politischen Systems. Eine klar von Null verschiedene Faktorladung läßt sich bei einem weiteren Item feststellen, das im Hinblick auf das Unterstützungsobjekt als Indikator spezifischer Unterstützung anzusehen ist, die Bewertung des Schutzes der bürgerlichen Freiheiten durch die amtierende Regierung. Aus noch genauer zu erörternden Gründen scheint diese Einstellung eine vermittelnde Position zwischen der diffusen und der spezifischen Unterstützung einzunehmen. Trotz der formulierten Vorbehalte kann der erste Faktor als die Dimension diffuser Unterstützung identifiziert werden.

Ein noch klarerer Zusammenhang besteht zwischen den drei Einstellungen zur amtie-

Tabelle 3: Die Struktur politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, 1982 – Faktorenmuster

	SYSSUP	REGSUP	Kommunalität geschätzt	Kommunalität endgültige Lösung
REGZUF	.05746	<u>.74905</u>	.42409	.50510
REGGERECHT	.06356	– <u>.86390</u>	.62754	.82598
REGFREIHEIT	.39158	– <u>.49598</u>	.61391	.66676
DEMZUF	.46672	–.04130	.22350	.24607
SYSGERECHT	<u>.82415</u>	–.00211	.56917	.68162
SYSFREIHEIT	<u>.88843</u>	.04985	.58824	.73081
Ausgangslösung:				
Eigenwert	3.52675	.87551		
Varianzreduktion (%)	58.8	14.6		
endgültige Lösung:				
Eigenwert	3.18704	.46930		
Varianzreduktion (%)	87.2	12.8		

renden Bundesregierung und dem zweiten Faktor. Keine der drei systembezogenen Orientierungen weist auf diesem Faktor ein Regressionsgewicht von mehr als .10 auf. Die Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen und die Bewertung der Gerechtigkeit und der Fairneß der amtierenden Regierung laden hoch auf ihm, und auch die Stärke seiner Beziehung zum Item „Die Regierung schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger“ läßt sich als zufriedenstellend bezeichnen. Die Vorzeichen der Koeffizienten weisen diesen Faktor als „Regierungskritik“ aus. Er korreliert hoch negativ mit der Systemunterstützung ($r = -.69$).

Für vier der sechs Unterstützungssiteme entsprechen die Ergebnisse also ohne Einschränkung den Erwartungen, bei zweien weichen die Daten von der erwarteten Struktur ab: Wie bereits andere Autoren vermuteten, eignet sich die Frage nach der Demokratiezufriedenheit in der hier vorliegenden Form nur bedingt als Unterstützungsindikator (vgl. Fuchs 1987: 363; Schüttemeyer 1986: 90–91)⁶. Die Aussage „Die gegenwärtige Bundesregierung schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger“ indiziert sowohl spezifische als auch diffuse Unterstützung. Dies Ergebnis überrascht nur scheinbar. Die Bewertung dieser Eigenschaft der Regierung weist einen klaren inhaltlichen Bezug zu grundsätzlichen Fragen des politischen Zusammenlebens auf. Ein unzulängliches Engagement der Regierung für den Schutz der bürgerlichen Freiheiten dürfte stärker die Perzeption der Systemlegitimität berühren als es bei der policy-nahen Einstellung zur Gerechtigkeit und Fairneß der Regierung und erst recht bei der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen der Fall ist. Insoweit wird die Ladung auf dem Systemfaktor verständlich⁷.

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Am Beginn dieses Beitrages stand die Frage nach der empirischen Tragfähigkeit der von Easton in die moderne politische Theorie eingebrachten Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer politischer Unterstützung. Die empirische Prüfung seiner Konzeption brachte ein positives Ergebnis: Die Validierung des Unterstützungskonzepts am Außenkriterium Parteiidentifikation stützt die analytisch bedeutsame Unterscheidung zwischen der System- und der Regierungsunterstützung. Die Regimeakzeptanz ist, wie die Theorie fordert, weniger situationsabhängig und in den Parteienkonflikt involviert als die Einstellung zur amtierenden Regierung. Anhänger der Regierungs- und der Oppositionsparteien unterscheiden sich erwartungsgemäß klar in der Einschätzung der Regierungsarbeit, in ihren Systemorientierungen dagegen stimmen sie weitgehend überein. Die Anhänger der GRÜNEN nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als sie der Regierung und dem politischen System überdurchschnittlich kritisch gegenüberstehen.

Andererseits verdeutlichen einzelne Diskrepanzen zwischen den theoretischen Erwartungen und den Untersuchungsergebnissen die Notwendigkeit, neben den Unterstützungsobjekten den für die Gewährung politischer Unterstützung maßgeblichen *Motiven* größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nach den hier präsentierten Daten zeigen sich parteipolitisch bedingte Einstellungsunterschiede vor allem bei der Bewertung der Re-

gierungsleistungen, beim *Regierungsvertrauen* sind sie deutlich schwächer ausgeprägt. Dies widerspricht keineswegs Eastons Konzept, weist aber auf die Vielschichtigkeit des Verhältnisses der Bürger zur amtierenden Regierung hin (vgl. auch die entsprechenden Hinweise bei Citrin 1974; Muller/Jukam 1977). Ob eine ähnliche Differenzierung zwischen symbolisch-expressiver und instrumentellen Unterstützungsmotiven auch das Verhältnis der Individuen zum politischen System prägt (vgl. die Ausführungen von Lipset 1981: 64–82), läßt sich bei der derzeitigen Datenlage nicht entscheiden.

Die demokratiethoretische Relevanz der präsentierten Befunde ergibt sich aus der unterschiedlichen Funktion der Regierungs- und der Systemunterstützung in einer Wettbewerbsdemokratie. Ein gewisses Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den Inhabern politischer Führungspositionen stellt in demokratisch verfaßten Systemen die öffentliche Kontrolle politischer Herrschaft sicher. Derartige Orientierungen sind plausiblerweise vorwiegend im Lager der Oppositionspartei anzutreffen. Sie bilden ein Gegengewicht zum politischen Vertrauen, das die Mehrheit der Wähler der Regierung entgegenbringen sollte, um dieser eine effektive Arbeit zu ermöglichen. Eine solche Mischung von politischem Vertrauen und politischem Zynismus trägt zur Balance zwischen den konkurrierenden Erfordernissen einer effektiven Regierungsarbeit und der öffentlichen Kontrolle und Kritik politischer Herrschaft bei und bringt damit zwei Prinzipien einer stabilen Demokratie miteinander in Einklang (vgl. Almond/Verba 1965: 341–344, 356–360; Citrin 1974: 987–988; Easton 1975: 444; Sniderman 1981). Im Gegensatz zur Regierungsunterstützung, die in Wettbewerbsdemokratien notwendigerweise mit dem Parteienkonflikt verknüpft ist, gehört die Unabhängigkeit der Systemakzeptanz von den aktuellen parteipolitischen Konstellationen zu den wichtigsten Funktionsbedingungen der Demokratie. Nur eine solche Einstellungsstruktur, die Almond und Verba (1965: 85–86, 113–116) als „offene Parteianhängerschaft“ beschreiben, gewährleistet auf Dauer, daß die politischen Konfliktgruppen auch bei einem Ausschluß der präferierten Partei von der Regierung ihre Loyalität zum politischen Regime beibehalten.

Die von Easton als Merkmal einer funktionsfähigen, von der Bevölkerung akzeptierten Wettbewerbsdemokratie geforderte Unabhängigkeit der Systemakzeptanz von den bestehenden parteipolitischen Konstellationen garantiert, daß die Parteianhänger den demokratischen Machtwechsel akzeptieren, auch wenn er eine Regierung ins Amt bringt, der sie mißtrauen. Wie es scheint, sind diese Bedingungen in der Bundesrepublik der achtziger Jahre weitgehend realisiert. Die mit dem Regierungswechsel 1982 einhergehende Umstrukturierung der politischen Vertrauensbeziehungen blieb tatsächlich auf das Verhältnis der „partisans“ zu den „authorities“ beschränkt, auf die Regimeebene griff sie nicht über.

Anmerkungen

- 1 Die Daten, die in diesem Beitrag benutzt werden, wurden vom *Zentralarchiv für empirische Sozialforschung*, Universität zu Köln, zugänglich gemacht. Die Studien wurden von der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim (Wahlstudien 1980, ZA-Nr. 1053, und Wahlstudie 1983,

ZA-Nr. 1276) sowie von Klaus Allerbeck, Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Politische Ideologie II, ZA-Nr. 1191) durchgeführt. Diese Daten wurden vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die vorgeannten Personen und Institute noch das Zentralarchiv tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

Klaus G. Troitzsch, Thomas Zapf-Schramm und Volker Kunz danke ich für Kritik und Anregungen.

- 2 Die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung bzw. die Identifikation der Befragten mit der Regierungs-/Oppositionspartei läßt sich im Rahmen einer multiplen Varianzanalyse durch einen Interaktionsterm aus den Variablen Erhebungszeitpunkt und Parteipräferenz abbilden.
- 3 Die Daten entstammen der Septemberumfrage der Mannheimer Wahlstudie 1980 (N = 1518), der Novemberumfrage 1982 der Wahlstudie 1983 (N = 1622) und der Political Action-Studie 1980, aus der aus Gründen der Vergleichbarkeit die 16- und 17jährigen Befragten herausgenommen wurden (N = 2061). Um den Effekt des Erhebungszeitpunktes auf die politischen Einstellungen zu testen, wurden die beiden Wahlstudien sowie die Political Action-Studie und die Wahlstudie 1983 zu jeweils einer Datei zusammengefaßt. Die Messung der politischen Einstellungen erfolgte durch die folgenden Items:
Regierungsvertrauen (REGVER): Additiver Index (2 bis 8 Punkte) aus zwei Items mit jeweils vier Antwortvorgaben (volle Zustimmung/Ablehnung, weitgehende Zustimmung/Ablehnung): „Die gegenwärtige Bundesregierung verhält sich gerecht und fair“ und „Die gegenwärtige Bundesregierung schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger“.
Systemvertrauen (SYSVER): dieselbe Form der Indexbildung mit den beiden Items: „Das politische System der Bundesrepublik ist gerecht und fair“ und „Unser politisches System schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger“.
Demokratiezufriedenheit (DEMZUF): „Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, d.h. zu unseren Parteien und zu unserem ganzen politischen System sagen? Sind Sie damit sehr zufrieden (4), eher zufrieden (3), eher unzufrieden (2) oder sehr unzufrieden (1 Punkt)?“
Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen (REGLEIST): „Sind sie mit dem, was die jetzige CDU/CSU-FDP-Regierung (1982)/SPD-FDP-Regierung (1980) in Bonn bisher geleistet hat, eher zufrieden oder eher unzufrieden? Bitte beschreiben Sie es mit Hilfe dieser Skala. + 5 (11 Punkte) bedeutet, daß Sie mit der jetzigen Regierung in Bonn voll und ganz zufrieden sind, - 5 (1 Punkt) bedeutet, daß sie mit dem, was die Regierung bisher geleistet hat, vollständig unzufrieden sind“.
Parteiidentifikation: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu (mal) eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja welcher? /Ja, und zwar der SPD, CDU/CSU, FDP, ANDERE/KEINE“.
- 4 Die Varianzreduktion verringert sich in diesem Falle auf 5.6 % (Systemvertrauen) und 4.4 % (Demokratiezufriedenheit).
- 5 Vgl. die Angaben in Anm. 2. Es wurde die Extraktion zweier Faktoren vorgegeben. Legt man das Eigenwert-Kriterium zugrunde, dann läßt sich aus der Korrelationsmatrix nur ein Faktor extrahieren, der 58.8 % Varianz bindet. Jedoch trug ein zweiter, knapp unterhalb des kritischen Eigenwertes von 1 liegender Faktor weitere 14.6 % zur Varianzreduktion bei. Da eine Interpretation beider Faktoren inhaltlich sinnvoll ist, stützt auch diese Analyse das Eastonsche Unterstützungskonzept (vgl. *Tabelle 2*; ähnlich auch mit anderen Indikatoren: Fuchs 1981).
- 6 Dies zeigt sich auch am niedrigen Kommunalitätenwert des Items.
- 7 Diese Zwei-Faktoren-Lösung wurde weiteren Tests mit Hilfe des LISREL-Modells und der Cluster-Analyse unterzogen, deren Ergebnisse sich grundsätzlich mit den zuvor präsentierten decken. Die beiden Dimensionen politischer Unterstützung lassen sich durch eine konfirmatorische Faktorenanalyse klar voneinander trennen. Dabei ist die Demokratiezufriedenheit ein relativ schwacher Unterstützungsindikator, und die optimale faktorenanalytische Lösung wird erreicht, wenn eine Ladung des Items „Schutz der Bürgerfreiheiten durch die Regierung“ auf beiden Faktoren vorgegeben wird. Die Clusteranalyse trennte drei Einstellungsgruppen voneinander: das erste Cluster wird durch die drei regierungsbezogenen Einstellungen, das zweite durch die Bewertung der Gerechtigkeit, der Fairneß und der freiheitssichernden Funktion des politischen Systems gebildet, und das dritte umfaßt die Demokratiezufriedenheit.

Literaturverzeichnis

- Abramson, Paul A.*, 1983: *Political Attitudes in America. Formation and Change*, San Francisco.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney*, 1965: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston.
- Atkinson, Michael M./Coleman, William D./Lewis, Thomas J.*, 1980: Regime Support in Canada: A Comment, in: *BJPS* 10, 402–410.
- Berger, Manfred*, u. a., 1986: Legitimierung des Regierungswechsels. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max* (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*, Opladen, 251–288.
- Citrin, Jack*, 1974: Comment: The Political Relevance of Trust in Government, in: *APSR* 68, 973–988.
- Citrin, Jack*, 1977: Political Alienation as a Social Indicator: Attitudes and Action, in: *Social Indicators Research* 4, 381–419.
- Dahl, Robert A.*, 1971: *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven, London.
- Easton, David*, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*, New York u. a.
- Easton, David*, 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *BJPS* 5, 435–457.
- Fraenkel, Ernst*, 1973: Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, in: *Nuscheler, Franz/Steffani, Winfried* (Hrsg.), *Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen*, München, 158–182.
- Fuchs, Dieter*, 1981: Dimensionen politischer Unterstützung, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max*, unter Mitarbeit von *Klaus Horn* (Hrsg.), *Politische Psychologie*, Opladen, 208–225.
- Fuchs, Dieter*, 1987: Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: *Berg-Schlosser, Dirk/Schiffler, Jakob* (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Opladen, 357–377.
- Gabriel, Oscar W.*, 1986: *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.
- Gabriel, Oscar W.*, 1987: Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 22/87, 32–45.
- Gabriel, Oscar W.*, 1989: Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans/Troitzsch, Klaus G.* (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Entwicklungen der Forschung*, Frankfurt, New York, 196–252.
- Gamson, William A.*, 1971: Political Trust and Its Ramifications, in: *Abcarian, Gilbert/Soule, John W.* (Hrsg.), *Social Psychology and Political Behavior*, Columbus/Ohio, 41–55.
- Iversen, Gudmund R./Norpoth, Helmut*, 1987: *Analysis of Variance*, 2nd Edition, Newbury Park u. a.
- Kaase, Max*, 1985: Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien, in: *Matz, Ulrich* (Hrsg.), *Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie*, Köln u. a., 99–125.
- Kevenbörster, Paul*, 1978: Legitimitätsdoktrinen und Legitimierungsverfahren in westlichen Demokratien, in: *Matz, Ulrich/Kielmansegg, Peter Graf* (Hrsg.), *Die Rechtfertigung politischer Herrschaft*, Freiburg, München, 59–103.
- Kim, Jae-On/Kobout, Frank J.*, 1975: *Analysis of Variance and Covariance. Subprograms Anova and Oneway*, in: *Nie, Norman H.*, u. a., *Statistical Package for the Social Sciences*, 2nd Edition, New York u. a., 398–433.
- Klages, Helmut/Herbert, Willi*, 1983: *Wertorientierungen und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt, New York.
- Kornberg, Allan/Clarke, Harold D./Leduc, Lawrence*, 1978: Some Correlates of Regime Support in Canada, in: *BJPS* 8, 199–216.
- Kornberg, Allan/Clarke, Harold D./Leduc, Lawrence*, 1980: Regime Support in Canada: A Rejoinder, *BJPS* 10, 410–416.
- Lipset, Seymour Martin*, 1981: *Political Man. The Social Bases of Politics*, Expanded Edition, Baltimore.
- Lipset, Seymour M./Schneider, William*, 1983: *The Confidence Gap. Business, Labor, and Government in the Public Mind*, New York, London.
- Miller, Arthur B.*, 1974a: Political Issues and Trust in Government, in: *APSR* 68, 951–972.

- Miller, Arthur B.*, 1974b: Rejoinder to 'Comment' by Jack Citrin: Political Discontent or Ritualism, in: APSR 68, 989–1001.
- Muller, Edward N./Jukam, Thomas O.*, 1977: On the Meaning of Political Support, in: APSR 71, 1561–1595.
- Muller, Edward N./Jukam, Thomas O./Seligson, Mitchell A.*, 1982: Diffuse Support and Antisystem Political Behavior, in: AJPS 26, 240–264.
- Schmidtchen, Gerhard*, 1977: Ist Legitimität meßbar?, in: ZParl 8, 232–241.
- Schuchard-Fischer, Christiane* u. a., 1982: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Zweite, verbesserte Auflage, Berlin u. a.
- Schüttemeyer, Suzanne S.*, 1986: Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in der Bundesrepublik, Opladen.
- Sniderman, Paul M.*, 1981: A Question of Loyalty, Berkeley u. a.